

Bansko und seine schwarzen Skipisten

Tauziehen von Investoren und Ökologen um den bekanntesten bulgarischen Wintersportort

Bansko im bulgarischen Pirin-Gebirge hat sich in nur zehn Jahren zu einem internationalen Wintersportort entwickelt. Doch wie Umweltschützer kritisieren, blieben dabei die Naturschutz-Auflagen des dortigen Nationalparks auf der Strecke.

Rudolf Hermann, Bansko

Nur wenige der Skiabfahrten in Bansko, so ist dem Pisten-Prospekt des bekanntesten bulgarischen Wintersportorts zu entnehmen, sind schwarz markiert. Wer sich nun die Augen reibt, weil Skisport mit balkanischen Gefilden aus alpenländischer Perspektive nicht zusammenpassen will, wird bei einem Blick auf die Landkarte erstaunt feststellen, dass das Pirin-Gebirge, an dessen nördlichem Fuss sich Bansko befindet, bis auf über 2900 Meter Meereshöhe ansteigt. Und dass die höchstgelegenen Skilift-Bergstationen im Gebiet auf rund 2600 Metern liegen, weshalb sich Bansko diesbezüglich durchaus auch mit klingenden Namen unter den alpinen Skiorten messen kann.

Gefährdeter Nationalpark

Ein Gesprächspartner in Sofia, nennen wir ihn Andrei, ist mit der Pisten-Klassifizierung indes nicht einverstanden. Der wirkliche Prozentsatz der schwarzen Abfahrtspisten in Bansko sei deutlich höher, meint er. Nur versteht er unter «schwarzen Pisten» nicht ganz das Gleiche wie die Skifahrer. Für ihn sind es nämlich solche, die ohne die nötigen Rechtsgrundlagen gebaut worden sind. Andrei ist ein Umweltaktivist, und wie viele weitere will er nicht länger zuschauen, wie das 1998 zum Nationalpark erklärte Pirin-Gebiet der schleichenden Zerstörung preisgegeben wird. Mit seinen uralten Wäldern und einer beeindruckenden Biodiversität war das Gebirge schon 1983 ins Weltkulturerbe der Unesco aufgenommen worden.

Die Geschichte der modernen Skistation Bansko reicht nicht sehr weit zurück; erst vor rund zehn Jahren wurde sie aus dem Boden gestampft. Doch hat sie es in dieser kurzen Zeit bereits geschafft, Teil des Weltcup-Zirkus zu werden und damit ins internationale Rampenlicht zu gelangen.

Für die Planung der Pisten gab es verbindliche Vorgaben, da das Skigebiet fast ausschliesslich im Territorium des Pirin-Nationalparks liegt. Für Lifte und Pisten wurde eine Fläche von 100 Hektaren bewilligt. Wie Andrei in seinem Büro in der Sofioter Innenstadt am Computer mittels Satellitenbildern veranschaulicht, nehmen die erstellten Transportanlagen und Abfahrtspisten aber bei konservativer Messung rund 160 Hektaren ein. Das sei eine klare Verletzung der Konzession. Diese war vom Staat an die Betriebsgesellschaft Julen AD vergeben worden. Julen steht indes laut dem Geschäftsführer Iwan Obreikow auf dem Standpunkt, dass alle Anlagen legal und mit den erforderlichen Bewilligungen der lokalen Behörden erbaut worden seien.

Luxushotels und Bauruinen

Was die stürmische touristische Entwicklung angeht, gibt es Parallelen zwischen Bansko und den inzwischen hoffnungslos zubetonierten bulgarischen Schwarzmeer-Küstenorten. Die Entwicklung eines modernen Skizentrums liess die Planer frohlocken. So begannen um den hübschen Kern des Städtchens mit seinen historischen Häusern im sogenannten Stil der nationalen Wiedergeburt protzige Luxushotels und klotzige Appartementblöcke zu wuchern. Dazwischen finden sich heute immer wieder auch Bauruinen – Bremspuren der globalen Krise und Zeugen eines inzwischen geplatzen Booms.

Ist die Stadt Bansko von der Zahl ihrer ständigen Einwohner her (rund 11 000) mit Davos vergleichbar, so hat ihre Hotellerie mit 15 000 registrierten



Eine künstliche Skipiste und Bauruinen in dem in kurzer Zeit aus dem Boden gestampften Wintersportort Bansko in Bulgarien.

TIM DIRVEN / PANOS

Betten bereits eine gegenüber dem Bündner Kurort rund dreifache Kapazität erreicht. Werden auch die in den Hotelstatistiken nicht erfassten Ferienwohnungen und Privatzimmer mitgerechnet, so dürfte Bansko, wenn jedes Bett belegt ist, etwa 40 000 Gäste beherbergen. Dies zumindest ist die Schätzung von Alexander Matzurew, dem Vorsitzenden einer Vereinigung von Familienhotels in Bansko.

Das Skigebiet allerdings ist einem solchen Ansturm nicht annähernd gewachsen. Im Vergleich zu den 300 Pistenkilometern von Davos sind es hier 75. Die einzige Zubringer-Gondelbahn kann 2500 Personen pro Stunde befördern, was in der Hochsaison Wartezeiten bedeutet, die schon im Tal einen bedeutenden Teil des Skivergnügens wegessen. «Wir brauchen dringend eine Kapazitätserweiterung der Skianlagen durch eine zweite Zubringerbahn», sagt Matzurew. «Sonst kann sich Bansko nicht weiterentwickeln. Dann droht, dass die Leute nicht mehr kommen.»

Sofia in der Zwickmühle

Im Umweltministerium in Sofia schlägt man sich derweil mit anderen Problemen herum. In hartnäckiger Arbeit haben Umweltschutz-NGO dokumentiert, dass die Nationalpark-Auflagen bei der Entwicklung des Resorts nicht respektiert wurden. Dadurch haben sie die Staatsverwaltung in Zugzwang gebracht: entweder der Betriebsgesellschaft Julen die Konzession zu entziehen oder den zu breit in den Wald geschlagenen Schneisen von Pisten und Anlagen nachträglich durch eine Gesetzesänderung offiziell den Segen zu erteilen.

Beide Varianten bedeuten für die Politiker Ungemach. Im ersteren Fall würde nicht nur eines der internationalen Aushängeschilder des bulgarischen Tourismus leiden (zum Skifahren in Bansko kommen zahlreiche Griechen, Rumänen, Russen und Briten), sondern die Regierung würde sich auch mit starken privaten Wirtschaftsinteressen anlegen – Wirtschaftsinteressen, deren Führer laut manch einem Beobachter mit der Politik verzahnt sind.

Eine Annullierung der Konzession hält man im Umweltministerium laut einem Bericht der Internet-Publikation

«Sofia Echo» für keinen gangbaren Weg. Weil die Gesellschaft Julen laut Umweltministerin Nona Karadschowa mit gültigen Baubewilligungen argumentieren kann, sei eine gerichtliche Auseinandersetzung schwierig. Die Betriebsgesellschaft habe nicht das Gesetz, sondern den Konzessionsvertrag verletzt. Dieser aber sei schlecht formuliert und lasse keine griffigen Sanktionen zu.

In der Tat liegt das Problem in der Frage, wie die Lokalverwaltung von Bansko (die an Julen eine Beteiligung hält) Bewilligungen ausstellen konnte, die im Konflikt mit den Konzessionsauflagen sind. Dies indes nährt den Verdacht, dass sich staatliche Stellen und



NZZ-INFOGRAFIK/cke.

private Interessen ungebührlich nahe waren. Die Umweltschützer fordern eine Annullierung des Zonenplans, auf dessen Grundlage die Baubewilligungen erteilt wurden.

Kommt es hingegen zu einer nachträglichen Legalisierung der schwarz erstellten Bereiche des Areals, würde der Staat damit offen signalisieren, dass er gegenüber ausreichend mächtigen Lobbys die Missachtung von Vorschriften zu schlucken bereit ist. In Bulgarien, wo viele Bürger ohnehin schon den Eindruck haben, der Rechtsstaat bestehe weitgehend nur auf dem Papier, könnte ein solches Vorgehen politisch zum Bumerang werden – namentlich im Fall einer Regierung, die sich mit Korruptionsbekämpfung profilieren will.

Fehlende Balance

Schwarze Pisten hin oder her, in Bansko und der benachbarten Kleinstadt Raslog sind schon längst Begehrlichkeiten nach noch mehr Skigelände aufgekommen. Ungeachtet des geltenden Bewirtschaftungsplans für den Pirin-National-

park, in welchem das ursprüngliche Bansko-Projekt als Maximum der möglichen Eingriffe definiert wurde, gibt es Pläne für ein noch weit grösseres Areal entlang des Pirin-Hauptkamms, ebenfalls zum grössten Teil im Gebiet des Nationalparks.

Wenn der Hotelier Matzurew sagt, dass es zurzeit keine Balance zwischen dem Angebot an Hotelbetten und der Kapazität der Skilifte gebe, hat er damit zweifellos recht. Doch mit einem nur auf Wintersport-Wachstum ausgerichteten Entwicklungskonzept ist Bansko bereits jetzt auf einer schiefen Ebene. Mit einer zweiten Zubringerbahn würde das Ungleichgewicht höchstens vorübergehend gemindert, mittelfristig hingegen noch verstärkt, denn eine Kapazitätserweiterung würde ohne jeden Zweifel die Bautätigkeit weiter anregen. Noch schneller drehen würde sich diese Spirale durch die Erschliessung neuer Areale.

Wie Matzurew erklärt, lebt sein Hotel zu 70 Prozent von den Wintermonaten. Bemühen sich Skistationen etwa in Österreich oder der Schweiz inzwischen darum, den Sommerbetrieb ihrer Anlagen attraktiver zu gestalten und die Einnahmen besser auf das ganze Jahr zu verteilen, so sind solche Pläne in Bansko bis anhin kaum auszumachen. Die Gondelbahn fahre zur Sommerferienzeit jeweils höchstens eine Stunde am Morgen und eine am Abend, sagt Matzurew, und in der übrigen Zeit sei sie nicht in Betrieb. Ein Augenschein an einem prächtig sonnigen Herbsttag, der eigentlich zu einer Fahrt auf den Berg lockte, bestätigt dies. Matzurew räumt ein, dass die einseitige Konzentration auf eine höchstens vier Monate dauernde Skisaison keine nachhaltige Lösung für Bansko sei.

Ein nationales Symbol

Vor allem aber würde durch eine forcierte Entwicklung des Wintertourismus, wie sie in den Köpfen von Lokalpolitikern in Bansko und Raslog herumspukt, der Pirin-Nationalpark zur Karikatur. Wäre es aber denkbar, dass die Regierung diesen sogar wieder aufheben und die Restriktionen lockern könnte, um der Nachfrage der Business-Interessen Genüge zu tun? Dies glaubt der Umweltschützer Andrei nicht. «Das

Pirin-Gebirge ist für die Bulgaren ein nationales Symbol. Den Nationalpark abzuschaffen, könnte sich kein Politiker leisten», ist er überzeugt. Und käme das Pirin-Gebiet auf die Liste gefährdeter Unesco-Schutzzonen, wäre dies für Bulgarien auch noch eine internationale Schande, fügt er hinzu.

Dass Naturschätze bedroht sind, hat die NGO-Koalition «For the Nature» auch dem Internationalen Skiverband (FIS) zur Kenntnis gegeben und ihn zu einer Stellungnahme aufgefordert, ob die Durchführung von Weltcup-Rennen auf teilweise illegal erstellten Pisten mit dem ethischen Kodex der Organisation vereinbar sei.

In den letzten Jahren stellt Andrei eine wachsende Sensibilisierung der Bevölkerung auf Umweltthemen fest, die den Umweltschützern Mut macht. Wenn er an dieser Stelle aber nicht mit seinem tatsächlichen Namen genannt wird, hat dies den Grund darin, dass Aktivitäten wie die seinen nicht ungefährlich sind. Die Aktivisten stehen mächtigen Imperien im Weg, und diese zeigen wenig Skrupel, sich ihren Weg zu bahnen.

Zivilcourage

Die NGO haben inzwischen jedoch in zweierlei Hinsicht mit dem Druck zu leben gelernt, unter dem sie stehen. Einmal bemühen sie sich, ihre Kampagnen sachlich zu führen und sehr genau mit Fakten zu unterlegen, um in diesem Bereich Angriffsflächen zu vermeiden. Und zweitens agieren sie im Verbund: Eine ganze Koalition anzugreifen, sei für die Gegenseite schwerer, als nur eine einzige Organisation oder Person einzuschüchtern, sagt Andrei. Der Bekanntheitsgrad der Umweltschützer in der Öffentlichkeit und die Unterstützung, die sie inzwischen geniessen, stellen ebenfalls einen gewissen Schutz dar.

Dennoch braucht es grosse Zivilcourage, um sich einem undurchsichtigen Interessengeflecht aus Business und Staatsverwaltung entgegenzustellen. Auf ökologischem Gebiet formiert sich, woran es in Bulgarien in anderen Bereichen noch mangelt: eine selbstbewusste Bürgergesellschaft, die den Staat als Dienst am Bürger versteht und nicht als Selbstbedienungsladen politischer und wirtschaftlicher Eliten akzeptieren will.